

# 1 **Kluges NRW: Recht auf Bildung für Alle** 2 **(vorläufig)**

3 **Nordrhein-Westfalen braucht alle Talente – von Anfang an. Nur so kann das**  
4 **Land gesellschaftlich und wirtschaftlich stärker werden. Nur so schaffen wir**  
5 **Bildungsgerechtigkeit auf Spitzenniveau.**

6 **Wir Grüne setzen uns für ein inklusives Bildungssystem und lebensbegleitendes**  
7 **Lernen ein. Das bedeutet konkret:**

8 **Wir brauchen mehr Qualität in den Kitas, in denen Kinder aller Altersgruppen**  
9 **durch hoch qualifiziertes Personal wohnortnah betreut, befördert und gebildet**  
10 **werden.**

11 **Wir wollen leistungsstarke Schulen, die Kinder nicht beschämen und**  
12 **zurücklassen, sondern die Kinder ermutigen, in ihrem Selbstbewusstsein**  
13 **stärken und eine neue Lernkultur leben.**

14 **Wir Grüne wollen jede Form des Aussortierens beenden – durch längeres**  
15 **gemeinsames Lernen. Wir wollen für Jugendliche ein Recht auf Ausbildung**  
16 **durchsetzen.**

17 **Wir wollen, dass mehr, nicht weniger junge Leute studieren. Aus Gründen der**  
18 **Gerechtigkeit darf Studieren nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen.**

19 **Das Land muss die Fort- und Weiterbildung stärker unterstützen – auch**  
20 **finanziell.**

21 **Wir wollen die Ausgaben für Bildung durch einen Bildungssoli auf**  
22 **internationales Niveau anheben.**

23 **Bildung ist für uns Grüne mehr als die bloße Verwertbarkeit von Qualifikationen**  
24 **auf dem Arbeitsmarkt. Bildung bedeutet das Herausbilden einer Persönlichkeit,**  
25 **miteinander lernen, Erziehung zur Demokratie und das Erlernen von sozialen**  
26 **Kompetenzen. Eine gute Bildung ist ein entscheidender Baustein für**  
27 **Chancengleichheit und Gerechtigkeit, für Demokratie und sozialen**  
28 **Zusammenhalt, für persönliche Zukunft und die Zukunft Nordrhein-Westfalens.**

29 **Starke Bildung für ein starkes Land. Denn: Zukunft ist Jetzt!**

## 1 **1. Kitas: Kinder brauchen mehr**

**2 Gute Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern ist der Schlüssel für die  
3 Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Wir wollen Kinder konsequent in den  
4 Mittelpunkt stellen. Alle Kinder sollen optimal gefördert werden. Dafür brauchen  
5 wir in allen Kindertageseinrichtungen eine hohe Qualität und ein  
6 bedarfsgerechtes Angebot. Entscheidend dafür sind gut ausgebildetes Personal  
7 und bessere Arbeitsbedingungen.**

### 8 **Bildung von Anfang an**

9 Kinder haben das Recht auf die bestmögliche Förderung, um ihre  
10 Persönlichkeitsentwicklung zu unterstützen und ihre Talente zu entwickeln. Investitionen  
11 in frühkindliche Bildung zahlen sich aus. Wissenschaftliche Studien belegen das. Je länger  
12 Kinder eine Kindertagesstätte besuchen, desto besser sind die späteren  
13 Bildungsabschlüsse. Und Kitas können mit qualifiziertem Personal und guter Ausstattung  
14 mögliche Defizite ausgleichen. Kinder möglichst früh, qualifiziert und individuell zu  
15 fördern und in Kooperation mit dem Gesamtsystem, Eltern auf Augenhöhe ihrer  
16 Erziehungskompetenz zu stärken, ist gesellschaftliche Aufgabe und die Basis für ein  
17 gerechtes Bildungssystem. Wir möchten, dass alle Kinder das Angebot einer Kita nutzen.  
18 Wir wollen in NRW die Kita der Zukunft zu einem Haus des Lebens und Lernens machen.  
19 Dieser Prozess soll sich am Leitbild einer Bildung für nachhaltige Entwicklung orientieren.  
20 Dadurch entstehen neue und veränderte Anforderungen. Bereits heute wird in der  
21 Kindertagesbetreuung engagierte und gute Arbeit geleistet, die in der gesellschaftlichen  
22 Anerkennung und der Entlohnung zu wenig gewürdigt wird. Wir wollen das Ausbildungs-  
23 und Qualifikationsniveau der Erzieherinnen und Erzieher schrittweise erhöhen.  
24 Entsprechend europäischer Standards fordern wir einen (Fach)Hochschulabschluss für  
25 das pädagogische Personal in Kindertagesstätten – zunächst auf Leitungsebene. Darüber  
26 hinaus wollen wir Weiterbildungsmöglichkeiten schaffen, um alle in der Kita tätigen  
27 Kräfte entsprechend der Bedeutung der frühkindlichen Bildung weiter zu qualifizieren –  
28 keine Berufsgruppe in der Kita soll außen vor gelassen und hinsichtlich der Qualifizierung  
29 abgehängt werden: Wir setzen weiterhin auf einen multiprofessionellen Personalmix. Die  
30 Höherqualifizierung der Fachkräfte muss sich auch in der Entlohnung ausdrücken  
31 Mit diesem multiprofessionellen Personalmix wollen wir Bildungsziele erreichen, die wir in  
32 einem Bildungsplan für NRW festlegen.  
33 Wir wollen keine Verschulung der Kitas, sondern eine Bildungsvereinbarung, die den  
34 Entwicklungsprozessen von Kindern gerecht wird und die an den Kitas beteiligten Kräfte  
35 mit einbezieht.

36 Zu einer exzellenten Kita gehören auch Naturerleben, Interkulturalität, viel Bewegung  
37 und Sport, sowie eine gesunde Ernährung. Hierzu wollen wir landesweit bessere  
38 Standards festschreiben. Eine hervorragende Kinderbildung braucht eine  
39 mitbestimmende Elternvertretung auf allen Ebenen, nicht nur in den Kitas selbst, sondern  
40 auch auf kommunaler wie auch auf der Landesebene.

41 Wir Grüne wollen ein neues Kindertagesstättengesetz, das die Förderung der Kinder  
42 durch genügend qualifiziertes Personal wieder verbessert. Nur so können wir Kinder  
43 individuell fördern. Dazu ist ein finanzieller Zuschuss für Einrichtungen notwendig, die  
44 Fachkräfte mit einem Hochschulabschluss einstellen. Das ist internationaler Standard!  
45 Notwendig ist auch ein breites Fortbildungsprogramm, um die Potenziale der  
46 Erzieherinnen und Erzieher und Kinderpflegerinnen und -pfleger besser zu erschließen.  
47 Wir wollen die notwendigen Strukturen schaffen, damit eine bessere Durchlässigkeit der  
48 verschiedenen Berufsbilder in der Kita erhöht wird. Für Tagesmütter und -väter wird es  
49 nur dann Landeszuschüsse geben, wenn diese über eine Grundqualifikation von  
50 mindestens 160 Stunden verfügen und die Kommunen mindestens vier Euro pro Kind  
51 und Stunde an Vergütung bezahlen.

1 Grünes Ziel ist eine bessere Personalausstattung mit höher qualifiziertem Personal. Zur  
2 Entlastung der jetzigen Situation muss das Land zusätzliche Ergänzungskräfte für Kinder  
3 unter drei Jahren finanzieren.

4 Wir wollen Personalstandards und Gruppengrößen an wissenschaftlichen Empfehlungen  
5 orientieren. Dies bedeutet drei bis vier Kinder unter drei Jahren pro Fachkraft und  
6 höchstens acht Kinder pro Fachkraft für Kinder ab drei Jahren und eine Gruppengröße für  
7 Kinder unter 3 Jahren bis maximal 10 Kinder und für Kinder über 3 Jahren maximal 20  
8 Kinder.

## 9 **Sozial gerecht von Anfang an**

10 Gerade Kinder aus bildungsfernen Schichten fördert unser Bildungssystem viel zu wenig.  
11 Deshalb brauchen Kitas in sozialen Brennpunkten mehr Zuschüsse als anderswo. Wichtig  
12 ist eine intensive Elternarbeit, um die Erziehungskompetenz der Eltern zu stärken.

13 Wir wollen mehr und besser ausgestattete Familienzentren, damit diese Kinder und  
14 Familien umfassend stärken und unterstützen können. Dazu werden wir mit den Trägern  
15 der Freien Wohlfahrtspflege und den Kommunen einen Arbeitsprozess zur  
16 Weiterentwicklung anstoßen, der den Ausbau, die Qualitätsentwicklung und die  
17 Finanzierung sicherstellt. Dabei ist die willkürliche Beschränkung der  
18 Familienzentrumskontingente auf ein Drittel der Kitas zu überprüfen und an die örtliche  
19 Bedarfssituation anzupassen.

20 Für finanziell schwache Eltern darf es keine finanziellen Hinderungsgründe für den  
21 Kindergartenbesuch ihrer Kinder geben. So soll das Mittagessen für diese Kinder  
22 kostenlos sein, in der Perspektive für alle Kinder.

23 Probleme beim Erwerb der deutschen Sprache sind nicht allein ein Problem vieler Kinder  
24 mit Migrationsgeschichte, sondern haben ebenfalls mit der sozialen Herkunft zu tun. Eine  
25 zusätzliche vorschulische Sprachförderung sollte möglichst früh einsetzen. Ob sie  
26 notwendig ist, sollen bei Kita-Kindern die vertrauten Erzieherinnen und Erzieher  
27 feststellen, die dann auch selbst die Sprachförderung vornehmen. Dabei ist die  
28 notwendige Koordinierung und Qualifizierung sicher zu stellen.

29 Die Kita ist der Ort für alle Kinder unabhängig von der Herkunft, ob mit Behinderung oder  
30 ohne, ob aus armen oder reichen Elternhäusern. Für Kinder mit Behinderung brauchen  
31 wir bedarfsgerecht zusätzliche Plätze in den Regelkindergärten mit der entsprechenden  
32 heilpädagogischen Förderung. Sondereinrichtungen wollen wir Grüne umwandeln.

33 Es ist ungerecht, dass Familien je nach Wohnort unterschiedliche Elternbeiträge zu  
34 zahlen haben. Gerade in Städten und Gemeinden mit einer einkommensschwachen  
35 Bevölkerung sind die Beiträge oft besonders hoch. Um diese soziale Spaltung abzubauen,  
36 wollen wir eine landeseinheitliche, soziale Staffelung der Elternbeiträge, die maximale  
37 Elternbeiträge für die einzelnen Einkommensstufen festlegt. Das Land soll Kommunen,  
38 die die gesetzlich festgelegte Elternbeitragsquote nicht erreichen, das Defizit hälftig  
39 ersetzen. Wir treten grundsätzlich für ein steuerfinanziertes Bildungssystem ein. Deshalb  
40 wollen wir die Elternbeiträge in den Kitas perspektivisch abschaffen.

## 41 **Bedarfsgerecht von Anfang an**

42 Unser Ziel ist es, Familie und Beruf durch ein bedarfsgerechtes Betreuungsangebot  
43 besser miteinander zu vereinbaren. Im Bund haben wir 2004 mit dem  
44 Tagesbetreuungsausbaugesetz den Startschuss für den Ausbau von Betreuungsplätzen  
45 gegeben und uns damit gegen die Bewahrer eines konservativen Familienbildes  
46 durchgesetzt.

47 Nordrhein-Westfalen ist heute bundesweites Schlusslicht beim Ausbau der  
48 Kindertagesbetreuung für Kinder unter drei Jahre – trotz der bundesweiten Förderung  
49 des Ausbaus der U3-Plätze. Schuld daran ist die schwarz-gelbe Landesregierung. Sie  
50 investiert selbst nichts in den Ausbau und verweigert den Kommunen ihnen zustehende  
51 Bundesmittel.

52 Wir wollen die Kommunen dabei unterstützen, dass sie möglichst früh den  
53 Rechtsanspruch auf einen Betreuungsplatz für Kinder ab einem Jahr erfüllen. Sie sollen

1 zugesagte und möglichst auch weitere Bundesmittel tatsächlich erhalten. Das Land muss  
2 alle selbst gesetzten Beschränkungen beim U3-Ausbau (U3 Kontingente) aufheben und  
3 die kommunalen Ausbaupläne eins zu eins mitfinanzieren.

#### 4 **Das KiBiz muss in die Generalrevision**

5 Durch das so genannte "KiBiz" haben sich die Rahmenbedingungen der Kindergärten in  
6 NRW massiv verschlechtert. Weniger Personal, mehr zusätzliche Aufgaben und Bürokratie  
7 für die Erzieherinnen und Erzieher, weniger Bedarfsgerechtigkeit für die Eltern.

8 Wir Grüne wollen ein anderes Finanzierungssystem, damit die Betreuungsangebote  
9 kindgerechter werden. Kinder sind unterschiedlich. Je nach Alter und Herkunft brauchen  
10 sie ein unterschiedliches Maß an Zuwendung. Das ist mit einer Pauschale pro Kind völlig  
11 unvereinbar. Wenn wir hier in Richtung Gruppenpauschale umsteuern, hat das noch  
12 weitere Vorteile: Die Träger bekommen mehr Planungssicherheit, und Eltern und Kinder  
13 können flexiblere Betreuungsangebote bekommen. Es ist nicht zeitgemäß, dass sich  
14 Eltern frühzeitig und für ein Jahr auf bestimmte Betreuungszeiten pro Woche verpflichten  
15 müssen. Notwendig sind vielmehr flexible und kindergerechte Öffnungs- und  
16 Betreuungszeiten, auch für Randzeiten oder an Samstagen.

17 Die Zusammenarbeit von Eltern und Kitas ist wichtig und wünschenswert. In jeder  
18 Einrichtung müssen die Eltern die Möglichkeit haben mitzuwirken, insbesondere, wenn es  
19 um die Regelung der Öffnungszeiten, geht. Auch auf kommunaler und Landesebene  
20 möchten wir Grüne das Elternengagement stärken. Entsprechende Initiativen werden wir  
21 fördern.

#### 22 **Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern sind unterfinanziert**

23 Die politischen PR-Abteilungen der Regierungsparteien behaupten, sie würden viel mehr  
24 Geld in die Kindertagesbetreuung stecken. Tatsächlich steigen in vielen Bundesländern  
25 die Ausgaben – doch nur aufgrund der zusätzlichen Plätze. Die Ausgaben pro Kind  
26 steigen nicht. Aber gerade das ist ein Gradmesser für ein bedarfsgerechtes und vor allem  
27 kindgerechtes Betreuungsangebot. Für ein hohes Niveau sind noch enorme finanzielle  
28 Anstrengungen notwendig.

29 150 Millionen Euro vom Bund als Teil der Gesamtbetriebskosten von mindestens 3,5  
30 Milliarden Euro im Jahr 2014 sind zu wenig. Wir fordern vom Bund eine stärkere  
31 finanzielle Beteiligung. Die jetzt schon fließenden Bundesmittel müssen in den Kitas  
32 ankommen. Die jetzige Landesregierung nutzt sie zum Stopfen von Haushaltslöchern.  
33 Das muss endlich ein Ende haben!

34 Öffentliche Zuschüsse an privat gewerbliche Kindergartenträger lehnen wir ebenso ab wie  
35 Gütesiegel: Beides führt zu Zweiklassen-Einrichtungen, was wir nicht wollen.

36 Wir wollen den Geburtenrückgang nicht zu Einsparungen nutzen, sondern die Mittel  
37 weiterhin in die Bildung, Erziehung und Betreuung von Kindern investieren.

#### 38 **Wir gestalten den Übergang von der Kita zur Schule**

39 Noch immer gibt es einen Bruch zwischen der Kita und dem Eintritt in die Schule. Wir  
40 wollen den Übergang von Kita und Schule besser gestalten. Die Zusammenarbeit  
41 zwischen beiden Institutionen muss gestärkt werden. Dazu sollen  
42 Bildungsvereinbarungen und Lehrpläne aufeinander abgestimmt werden. Gemeinsames  
43 Arbeiten der Beschäftigten beider Bereiche und gemeinsame Fort- und Weiterbildung  
44 sollen die Kontinuität zwischen Elementarpädagogik in der Kita und Primarpädagogik in  
45 der Grundschule gewährleisten.

46

#### 47 **Wir wollen:**

48

- 49 • **mehr Zeit für die Förderung von Kindern durch mehr und höher**
- 50 **qualifiziertes Fachpersonal.**

1  
2  
3  
4  
5

- **Das KiBiz muss in die Generalrevision. Wir wollen ein Finanzierungssystem auf Basis einer Gruppenpauschale und die Elternbeiträge perspektivisch abschaffen.**
- **die landesrechtlichen Fesseln bei der Schaffung eines bedarfsgerechten Betreuungsangebots lösen .**

## 1 **2. Schule der Zukunft:** 2 **Leistungsstark – vielfältig – gerecht**

3 **Wir Grüne wollen ein gerechtes, individuell und leistungsförderndes**  
4 **Schulsystem für NRW, das Kinder und Jugendliche ermutigt und stärkt. Wir**  
5 **wollen die Schule von Grund auf neu denken und gestalten. Dabei greifen innere**  
6 **und äußere Schulreform ineinander:**

7 **Individuelle Förderung – Gemeinschaft erleben und gestalten: Gemeinsam**  
8 **lernen bis zum Ende der Pflichtschulzeit!**

9 **In Ganztagschulen Zeit und Raum schaffen für das bessere Lernen: Schule als**  
10 **Lern- und Lebensort!**

11 **Voneinander und miteinander lernen, Respekt, Wertschätzung und Beteiligung**  
12 **prägen die neue Schulkultur: Es ist normal, verschieden zu sein!**

13 **Die neue Schule erkennt die Verschiedenheit der Schülerinnen und Schülern an,**  
14 **bringt ihnen Wertschätzung entgegen und ermöglicht vielfältige Lernwege.**

### 15 **Bildung ist mehr**

16 Eine gute Schule zeichnet sich durch eine Kultur von Anerkennung und Wertschätzung  
17 von Verschiedenheit aus. Wir haben einen ganzheitlichen und umfassenden  
18 Bildungsbegriff, der Bildung als einen Wert an sich betrachtet – auch jenseits  
19 ökonomischer Verwertbarkeit. Bildung ist mehr als das Funktionieren für einen Beruf.  
20 Soziales und emotionales Lernen gehört zur Entwicklung der Persönlichkeit ebenso wie  
21 kritisches und kreatives Denken. In die Schule gehört das Entdecken und Forschen, der  
22 Respekt vor Tieren sowie das Erleben von Natur und Bewegung, Kunst, Musik und  
23 Theater. Kinder sollen nicht nur „Lesen, Schreiben, Rechnen“ lernen, sondern auch  
24 singen, musizieren, malen, sich bewegen, handwerkliche und technische Kompetenzen  
25 entwickeln und Vieles mehr. Lernen muss Sinn machen, Kinder und Jugendliche sollen  
26 lernen, das eigene Leben in die Hand zu nehmen. Interkulturelles Lernen gehört ebenso  
27 dazu wie das Lernen und Leben von Demokratie. Lebensgestaltungs- und  
28 Nachhaltigkeitskompetenzen, wie zum Beispiel Ernährung Gesundheits- und  
29 Verbraucherbildung gehören ebenso zu einem umfassenden bildungsauftrag.

30 Für diese vielfältigen Aufgaben wollen wir die Schulen besser ausstatten. Wir wollen die  
31 Ausgaben des Landes für den Bildungsbereich auf international vergleichbares Niveau  
32 anheben und kleinere Klassen ermöglichen. Der Einsatz von Sozialpädagoginnen und  
33 Sozialpädagogen, Sonderpädagoginnen und sonderpädagogen, Schulpsychologen und  
34 anderen pädagogischen Professionen soll an allen Schulen die Regel werden. Die  
35 zusätzlichen Stellen wollen wir nicht auf die LehrerInnenstellen anrechnen.

36 Noch immer hängt der Bildungserfolg von der sozialen Herkunft der Kinder und  
37 Jugendlichen ab. Kinder werden im Alter von nicht einmal neun Jahren einem  
38 Ausleseprozess unterworfen. Wir müssen an den Schulen Schluss machen mit dem  
39 Abschulen, Aussortieren und Beschämen.

40 Wir müssen aufhören zu fragen: Zu welcher Schulform passt das Kind?

### 41 **Schulklima, Lernkultur und Beteiligung**

42 Die Qualität von Schule wird wesentlich von Schulklima und Lernkultur bestimmt. Dies  
43 schließt die Partizipation von Eltern, Schülerinnen, Schülern und Lehrkräften ein. Wir  
44 wollen die Drittelparität in der Schulkonferenz wieder einführen, um den Schülerinnen  
45 und Schülern sowie den Eltern eine gleichberechtigte Teilhabe an wichtigen  
46 Entscheidungen zu ermöglichen. Nur wer Verantwortung bekommt, lernt verantwortliches  
47 Handeln. In der neuen Schule sind Eltern willkommen und wertgeschätzt. Sie können ihre  
48 Kompetenzen auf Augenhöhe einbringen und sollen wo nötig Unterstützung erhalten. In  
49 allen Schulen muss es multiprofessionelle Teams geben, die die Bildungsarbeit insgesamt  
50 unterstützen. Lehrkräfte sollen sich stärker auf ihre Aufgabe als Expertinnen und

1 Experten für das Lernen konzentrieren können. Den Einfluss und die Teilhabe der Eltern  
2 auf Landesebene wollen wir durch einen Landeselternrat stärken.

### 3 **Gute Schule wird vor Ort gemacht**

4 Wir Grüne wollen Schluss machen mit der Gängelung durch die Schulbürokratie. Wir  
5 vertrauen auf die engagierten Expertinnen und Experten in den Schulen und wollen sie in  
6 ihrer pädagogischen Kompetenz ermutigen und stärken. Für eine gelingende  
7 Schulentwicklung müssen Schulleitung, pädagogisches und nicht-pädagogisches  
8 Personal, Schülerinnen und Schüler sowie die Eltern partnerschaftlich kooperieren.  
9

### 10 **Die gemeinsame Schule für alle Kinder**

11 Das vielgliedrige Schulsystem ist längst an seine Grenzen gestoßen. Es fördert weder die  
12 starken noch die schwachen Schülerinnen und Schüler so, wie es nötig und möglich wäre.  
13 Bessere Förderung und damit bessere Leistungen sind nicht durch das Sortieren  
14 neunjähriger Kinder zu erreichen. Es kommt darauf an, die neue Lernkultur mit einer  
15 förderlichen neuen Schulstruktur zu verbinden. Jede Schule fördert jedes einmal  
16 aufgenommene Kind bis zu einem qualifizierten Schulabschluss. Nicht mehr das  
17 Aussortieren und Abschulen, sondern eine individuelle Förderung muss die Schule  
18 prägen. Wir wollen Lernbarrieren abbauen und eine gemeinsame Schule für alle Kinder  
19 bis zum Ende der Pflichtschulzeit schaffen. Eine Schule der Sekundarstufe II, die zur  
20 Fachhochschul- oder allgemeinen Hochschulreife führt bzw. ein berufsbildendes Profil  
21 anbietet, schließt sich an.

22 Ein integratives Schulsystem wird zwar mit klaren landespolitischen Zielen und Vorgaben  
23 entwickelt und gesteuert, aber es kann nur von unten wachsen, denn wir müssen alle  
24 Beteiligten einbinden. Deshalb gestalten wir Grüne einen Prozess, der bei den Kommunen  
25 ansetzt. Wir werden die bestehenden zentral vorgegebenen Schranken der Schulformen  
26 öffnen, damit sich das verkrustete Schulsystem in NRW aufgrund des demografischen  
27 Wandels, des Schulwahlverhaltens der Eltern und der zunehmenden kommunalpolitischen  
28 Bedeutung von Schulen am Ort zu einem System mit längerem gemeinsamen Lernen  
29 verändert. Wir werden die verbindlichen Grundschulgutachten und den  
30 Prognoseunterricht umgehend abschaffen. Unser Ziel ist ein Schulsystem, das nicht  
31 aussondert. Wir wollen Gemeinschaftsschulmodelle ermöglichen. Wir wollen jedes Jahr  
32 mindestens zehn Prozent der Schulen gewinnen, sich auf den Weg zur neuen Schule der  
33 Zukunft zu machen. Den Prozess hin zu einem integrativen Schulsystem wollen wir aktiv  
34 unterstützen und mit Anreizen versehen. Zentral sind dafür folgende Maßnahmen:

#### 35 **Wir lassen die Schule im Dorf**

- 36 • In den Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens entwickelt sich das  
37 Schulsystem längst weiter: Viele wollen die Bildungsgänge zusammenführen,  
38 durchlässige Verbundschulen oder Gemeinschaftsschulen gründen. Für die  
39 Kommunen ist es ein handfester Standortfaktor, ob Schülerinnen und Schüler vor  
40 Ort alle Bildungsabschlüsse erreichen können. Wir wollen den Kommunen die  
41 Möglichkeit geben, in Absprache mit den örtlichen Schulen selbst darüber zu  
42 entscheiden, alle weiterführenden Bildungsgänge organisatorisch und pädagogisch  
43 zusammenzuführen. Nur so bleibt in NRW die Schule im Dorf, und nur so ist  
44 gewährleistet, dass vor Ort ein vollständiges wohnortnahes Schulangebot mit allen  
45 Bildungsabschlüssen erhalten bleibt. Wer das Gymnasium von Verbänden  
46 ausschließt, behindert gymnasiale Bildung gerade im ländlichen Raum, verhindert  
47 die erforderliche qualitative Schulentwicklung und raubt den Kommunen einen  
48 Standortfaktor.

#### 49 **Wir schaffen kleinere Klassen**

- 50 • Auch bei sinkenden Schülerzahlen sollen die Lehrerstellen nicht reduziert, sondern  
51 zur Verbesserung der Rahmenbedingungen genutzt werden. Dazu gehört auch die  
52 grundsätzlich wünschenswerte Verringerung der Größe der Lerngruppen. Schulen,  
53 die alle Bildungsgänge des gegliederten Schulsystems organisatorisch und  
54 pädagogisch in sich vereinen und integrativ arbeiten, statten wir dafür besonders

1 gut aus. In diesen Schulen soll es keine Klassen mit mehr als 25 Schülerinnen und  
2 Schülern geben. Die Grundschule ist schon weitgehend eine Schule für alle Kinder.  
3 Wir wollen die nordrhein-westfälischen Grundschulen in dieser erfolgreichen Arbeit  
4 unterstützen. Daher sollen Grundschulklassen nicht mehr als 23 Kinder haben.

#### 5 **Wir fördern Gesamtschulen**

- 6 • Auf dem Weg zu einem integrativen Schulsystem haben die Gesamtschulen ihren  
7 festen Platz. Wie die Grundschulen verwirklichen sie eine gezielte individuelle  
8 Leistungsförderung von Kindern mit unterschiedlichen Talenten. Als Grüne drücken  
9 wir unsere hohe Wertschätzung für die nachgewiesenen besonderen Leistungen der  
10 Gesamtschulen aus, denen es gelingt, insbesondere Schülerinnen und Schüler aus  
11 bildungsfernen Familien und/oder mit Migrationshintergrund zu höheren  
12 Bildungsabschlüssen bis hin zum Abitur zu führen. Da immer mehr Eltern ihren  
13 Kindern Chancen offen halten wollen oder das Turbo-Abitur am Gymnasium  
14 ablehnen, wird die Gesamtschule immer beliebter. Schon in den vergangenen  
15 Jahren haben fast ein Drittel aller Schülerinnen und Schüler, die an Gesamtschulen  
16 angemeldet wurden, beim Übergang zur weiterführenden Schule dort keinen Platz  
17 erhalten. Die Landesregierung tritt das Elternwahlrecht mit Füßen. Deshalb dürfen  
18 der Neugründung von Gesamtschulen inklusive Ganztage keine weiteren Steine in  
19 den Weg gelegt werden. Wir Grüne wollen die Erfahrungen aus der bisher  
20 geleisteten Schulentwicklung an Gesamtschulen für die neue Schule der Zukunft  
21 nutzen.

#### 22 **Wir ermöglichen Vielfalt**

- 23 • Schulen in freier Trägerschaft sind Bestandteil des öffentlich verantworteten  
24 Schulwesens. Sie können Impulsgeber für Schulentwicklung sein und müssen ihren  
25 Beitrag zu Chancengleichheit, zu sozialer Gerechtigkeit und zu Inklusion leisten. Die  
26 öffentliche Finanzierung orientiert sich an dem Einhalten des Sonderungs- und  
27 Diskriminierungsverbots. Es darf keine sozialen, kulturellen oder religiös  
28 motivierten Ausschlussgründe von den Bildungsangeboten geben. Wir fördern die  
29 Vielfalt von Schulen, die Bildung ganzheitlich begreifen und dazu beitragen, das  
30 Schulsystem sozial gerechter, inklusiver und damit leistungsstärker zu machen. Der  
31 Bildungsanspruch aller Kinder und Jugendlichen auf einen wissenschaftlich  
32 fundierten Unterricht muss eingelöst werden. Das gilt besonders im Hinblick auf die  
33 Evolutionstheorie, die in allen Schulen uneingeschränkt unterrichtet werden muss.  
34 Kreationismus hat im Biologieunterricht nichts zu suchen. Wir wollen die Versuchs-  
35 und Modellschulen in NRW endlich aus ihrem Inseldasein befreien und ihren  
36 wissenschaftlich fundierten und evaluierten Erfahrungsschatz für alle Schulen in  
37 NRW nutzbar machen.

#### 39 **"All inclusive": Recht auf gemeinsamen Unterricht durchsetzen**

40 Wenn wir als Grüne von einer Schule für alle Kinder sprechen, schließt dies Kinder und  
41 Jugendliche mit Behinderung ausdrücklich ein. Wir streben ein inklusives Schulsystem an,  
42 wie es die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderung einfordert.  
43 Schülerinnen und Schüler mit einer Behinderung haben ein Recht auf inklusive Bildung.  
44 Zur Umsetzung wollen wir die Rahmenbedingungen deutlich verbessern. Wir wollen  
45 Schulen personell und räumlich so ausstatten, dass sie die individuelle Förderung der  
46 Schülerinnen und Schüler mit Behinderungen umsetzen können. Schulen müssen  
47 generell barrierefrei ausgebaut sein. Wir wollen einen verbindlichen Inklusionsplan  
48 aufstellen. Dazu gehört: Inklusive Lerngruppen sollen maximal eine Klassengröße von 20  
49 Kindern haben. Kinder mit Behinderung sollen selbstverständlich auch die  
50 Ganztagsangebote wahrnehmen können. Sonderpädagoginnen und -pädagogen haben  
51 ihren festen Platz in den Regelschulen ebenso wie Integrationsassistenten.  
52 Kompetenzzentren entwickeln sich zu Fortbildungs- und Beratungszentren für die  
53 Lehrkräfte.

## 1 **Deutsch lernen reicht nicht: Kinder mit Migrationshintergrund fördern**

2 Schülerinnen und Schüler mit Zuwanderungsgeschichte haben in unserem  
3 Bildungssystem schlechte Karten. Wir wollen das ändern. Es ist richtig, frühzeitig bei  
4 allen Kindern den Sprachstand zu erheben und schon vor dem Eintritt in die Schule  
5 Sprachfördermaßnahmen einzuleiten, wo dies notwendig ist. Die  
6 Sprachstandsfeststellung wollen wir vereinfachen und bei den Kindertagesstätten  
7 ansiedeln. Der Aspekt der Mehrsprachigkeit muss in das Erhebungsverfahren mit  
8 einbezogen werden. Die frühkindliche Sprachförderung wollen wir intensivieren und bis in  
9 die Grundschule und Sekundarstufe I fortgesetzt werden. Es muss ein durchgängiges  
10 Sprachförderkonzept von der Kita über alle Bildungsstufen hinweg entwickelt und  
11 umgesetzt werden. Es reicht nicht aus, dass Kinder mit Zuwanderungsgeschichte einfach  
12 nur deutsch lernen. Wir wollen die Mehrsprachigkeit konsequent über alle Schulstufen  
13 hinweg fördern. Außerdem wollen wir junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte  
14 motivieren, sich für pädagogische Berufe und das Lehramtsstudium zu entscheiden und  
15 mehr Lehrkräfte mit Zuwanderungsgeschichte einstellen.

## 16 **Gendersensible Schule – Mädchen und Jungen gezielt fördern**

17 Mädchen und Jungen müssen ihre Potenziale unabhängig von ihrer Herkunft und auch  
18 unabhängig von ihrem Geschlecht entwickeln können. Unterrichtsinhalte und  
19 Unterrichtskultur müssen beide Geschlechter und ihre rollenspezifischen  
20 Voraussetzungen berücksichtigen. Das bedeutet für die Schulen gezielte Projekte zur  
21 Mädchen- und Jungenförderung sowie die Möglichkeit, gezielt in geschlechtshomogenen  
22 Gruppen zu lernen. (Mehr dazu auf Seite 99).

23

## 24 **Qualifizierungsoffensive für guten Unterricht**

25 Jeder Unterricht ist individuelle Förderung. Niemand soll unterfordert oder überfordert  
26 werden. Deshalb ist guter Unterricht geprägt von Methodenvielfalt, eigenverantwortlichen  
27 Lernprozessen der Schülerinnen und Schüler sowie einem neuen Rollenverständnis der  
28 Lehrkräfte. Sie sind die Expertinnen und Experten für das erfolgreiche Lernen. Ohne die  
29 Lehrerinnen und Lehrer wird der Weg zur einen Schule für Alle nicht gelingen können.  
30 Deshalb wollen wir die Lehrerinnen und Lehrer unterstützen und weiterqualifizieren.  
31 Fortbildungszeit ist Teil der Arbeitszeit. Arbeitsplätze in der Schule ermöglichen mehr  
32 Teamarbeit.

33 Fortbildung und Qualifizierung sind zentrale Bestandteile des Prozesses, mit dem wir  
34 unser Schulsystem umgestalten wollen. Mit einem Innovationsfonds wollen wir die  
35 Schulen, die sich auf den Weg zur neuen Schule machen, dabei gezielt unterstützen.

## 36 **Ausbildung von Lehrerinnen und Lehrern reformieren**

37 Das Lehrerausbildungsgesetz ist anachronistisch und muss in Bezug auf seine  
38 rückwärtsgewandte Schulformausrichtung (u.a. Masterprofil Hauptschule oder  
39 Realschule) novelliert werden. Besonders in der universitären Phase der  
40 Lehramtsausbildung ist früh ein stärkerer Praxisbezug, in Form von praktischen Phasen  
41 und semesterbegleitenden Praktika, wichtig. Die Praxisphasen im Studium müssen  
42 konzeptionell miteinander verknüpft und mit einer kontinuierlichen Beratung der  
43 Studierenden verbunden werden, damit sie den Schulalltag erleben und sich  
44 vergewissern können, ob sie für das Berufsfeld Schule geeignet sind. Wir wollen dafür  
45 sorgen, dass die zweite Phase (Referendariat) nicht unter die Räder kommt. Sie darf  
46 nicht auf weniger als 18 Monate reduziert werden. Darüber hinaus sollen  
47 Lehramtsstudentinnen und Lehramtsstudenten interkulturelle, soziale und demokratische  
48 Kompetenzen erlernen.

49 Lehrkräfte an unseren Schulen müssen stärker als bisher auf kulturell und sozial  
50 heterogene Klassen vorbereitet sein und sollen künftig an Fortbildungen in  
51 Interkultureller Kompetenz teilnehmen. Bei Lehramtsstudierenden und

1 LehramtsanwärterInnen muss der Umgang mit Multikulturalität verpflichtender  
2 Bestandteil der Ausbildung werden.

### 3 **Innovativ fördern statt represiv fordern**

4 Die pädagogisch unsinnigen Klassenwiederholungen wollen wir überflüssig machen.  
5 Schülerinnen und Schüler, die ansonsten das Klassenziel nicht erreichen, sollen frühzeitig  
6 gefördert werden. Wir wollen eine neue Form der Leistungsbewertung und eine  
7 qualifizierte Feedback-Kultur entwickeln, die Schülerinnen und Schüler selbst und die  
8 Eltern einbezieht. Die Leistungsbewertung in der Schule soll dazu dienen, den  
9 Schülerinnen und Schülern ihren Lernstand rückzumelden. Sie soll die Schülerinnen und  
10 Schüler weder unter Druck setzen noch abstrafen, sondern anspornen und  
11 herausfordern. Ziffernnoten leisten keine differenzierte Rückmeldung über die individuelle  
12 Leistungsentwicklung. Deshalb wollen wir alternative Formen, wie individuelle  
13 Lernvereinbarungen und Lerntagebücher, erproben und einführen. Diagnostizierte  
14 Teilleistungsstörungen wie Dyskalkulie und Legasthenie müssen im Rahmen eines  
15 umfassenden Nachteilsausgleichs bis zum abitur berücksichtigt werden.  
16 Außerdem werden wir die Kopfnoten umgehend abschaffen. Es ist richtig, dass  
17 Schülerinnen und Schüler eine Rückmeldung über ihr Arbeits- und Sozialverhalten  
18 bekommen. Aber Verhalten und Charakter eines Menschen sind Teil seiner Persönlichkeit  
19 und nicht mit Ziffernnoten zu bewerten.

### 20 **Mehr Verantwortung und Freiheit für Kommunen und Schulen**

21 Wir wollen den Schulen größere pädagogische Freiheit und weitgehende  
22 Entscheidungskompetenzen in organisatorischen Fragen ermöglichen. Denn Schulen  
23 brauchen zwar klare, vom Land gesetzte Rahmenbedingungen und Zielsetzungen, aber  
24 gleichzeitig die Freiheit der Wege, diese Ziele zu erreichen. Wir wollen zudem die  
25 Handlungsmöglichkeiten der Kommunen ausbauen. Nur sie kennen die lokalen und  
26 regionalen Besonderheiten und Herausforderungen. Deshalb wollen wir die  
27 Zuständigkeiten zwischen Land, Kommune und Schulen neu regeln. Das bedeutet  
28 Bürokratieabbau und eine Neuorganisation der Schulaufsicht. Das Land wird weiterhin die  
29 zentralen Ziele und Rahmenbedingungen festlegen und steuern. Die Kommunen sollen  
30 zukünftig unter anderem für die regionale Bildungsplanung zuständig sein. Das schließt  
31 ein, dass Kommunen selbst entscheiden, ob und wie sie unterschiedliche Bildungsgänge  
32 zusammenführen. Sie sollen entscheiden können, wie sie sozialer Segregation  
33 entgegenwirken, zum Beispiel durch das Instrument der Grundschulbezirke. Denn auch  
34 heute noch gilt: „Kurze Wege für kurze Beine.“ Außerdem gehört die Hoheit für  
35 Schulbudgets und Schulgebäude dazu. Die Schulen sollen als selbstständige Schulen  
36 darüber entscheiden, wen sie einstellen, wie sie den Unterricht organisieren und  
37 gestalten, wie die Stundentafel und das Differenzierungsangebot aussehen, sowie ob und  
38 auf welche Weise sie Lerngruppen bilden. Lernstandserhebungen und Prüfungen am Ende  
39 der Sekundarstufe I und beim Abitur sichern die Vergleichbarkeit. Analog zu den neu  
40 geordneten Zuständigkeiten (Land, Kommune, Schule) wollen wir die Mitwirkung und  
41 Beteiligung des schulischen Personals einschließlich der Vertretungen der  
42 Schwerbehinderten und Gleichstellungsbeauftragten regeln.

### 43 **Ganzttag für alle: Gelingendes Lernen braucht Zeit**

44 Ganzttagsschulen sind für eine neue Kultur des Lernens besonders geeignet. Sie bieten  
45 mehr Zeit und Raum, um Kinder und Jugendliche individuell zu fördern und den  
46 Unterricht neu zu rhythmisieren. Wir wollen, dass die nordrhein-westfälischen  
47 Ganzttagsschulen hohen Qualitätsanforderungen genügen. Deshalb hat es für uns höchste  
48 Priorität, die Ganztagsangebote auszubauen und zu verbessern.  
49 Die offene Ganzttagsschule hat sich ausgezeichnet etabliert. In vielen Kommunen sind  
50 mittlerweile sämtliche Grundschulen zu offenen Ganzttagsschulen ausgebaut worden.  
51 Aber an vielen Schulen wird noch fein säuberlich zwischen dem Unterricht am Morgen  
52 und den außerunterrichtlichen Angeboten am Nachmittag getrennt. Wir wollen erreichen,  
53 dass sich die Schulen im Primarbereich zu gebundenen Ganzttagsschulen entwickeln.

1 Perspektivisch müssen die Elternbeiträge in der offenen Ganztagschule abgeschafft  
2 werden. Denn die Ganztagschule ist ein Bildungskonzept, das mehr als Betreuung ist. Es  
3 ist zudem nicht akzeptabel, dass Eltern von Grundschulkindern Beiträge in den  
4 Ganztagschulen zahlen, während der Ganztags an den weiterführenden Schulen  
5 beitragsfrei ist.

6 Der Ganztagsausbau der weiterführenden Schulen bleibt weit hinter den Erwartungen der  
7 Eltern und den gesellschaftlichen Notwendigkeiten zurück. Wir wollen allen Schulen den  
8 Ausbau zur gebundenen Ganztagschule ermöglichen. Hierfür muss das Land nicht nur  
9 das Personal, sondern auch ein Investitionsprogramm entsprechend zum mittlerweile  
10 ausgelaufenen Bundesprogramm "Zukunft Bildung und Betreuung" auflegen. Wie im  
11 Primärbereich sollen bei der Gestaltung des Ganztags der weiterführenden Schulen  
12 Angebote der Kinder- und Jugendarbeit, Medien- und Kulturarbeit, Sportvereine und  
13 Sozialverbände einbezogen werden. Auch für die weiterführenden Schulen muss das Land  
14 einen Qualität sichernden Prozess erarbeiten und umsetzen, der erzieherische und  
15 sozialarbeiterische Kompetenz entsprechend der sozialräumlichen Gegebenheiten in den  
16 Schulalltag integriert. Inklusive Schule darf im offenen Ganztags nicht enden. Wir fordern  
17 Rechtsgrundlagen für die Bereitstellung von IntegrationshelferInnen.

## 18 **Lernen macht hungrig: Schulessen für alle Kinder**

19 An allen Schulen muss es eine ausgewogene, gesunde, individuelle Essgewohnheiten  
20 berücksichtigende Mittagsmahlzeit geben. Einerseits gibt es dafür sozialpolitische  
21 Gründe, andererseits macht das die ständig wachsende Zahl von Ganztagschulen  
22 erforderlich. Sie gehört zum ganztägigen Schulalltag schlicht dazu. Wir Grüne wollen das  
23 Recht auf eine warme Schulmahlzeit im Schulgesetz verankern. Diese Mahlzeit soll  
24 perspektivisch kostenlos sein. Das muss in einem ersten Schritt für Kinder aus  
25 einkommensschwachen Familien ohne Stigmatisierung erfolgen. Denn kein Kind darf aus  
26 finanziellen Gründen vom Schulmittagessen ausgeschlossen werden.

## 27 **Schulzeitverkürzung: Ohne Druck und Turbo-Abi**

28 Die schwarz-gelbe Landesregierung hat die Schulzeitverkürzung an der Sekundarstufe I  
29 zwangsverordnet. Durch dieses so genannte "G8" sind die Schülerinnen und Schüler an  
30 den Gymnasien einem massiven Druck ausgesetzt. Durch dieses Turboabi ist es nahezu  
31 ausgeschlossen, dass Kinder und Jugendliche von anderen Schulformen auf das  
32 Gymnasium wechseln können. Die Durchlässigkeit nach oben zwischen den Schulformen  
33 ist also faktisch unmöglich geworden.

34 Schon die jüngeren Schülerinnen und Schüler haben deutlich mehr Unterricht als früher.  
35 Schulangst und psychosomatische Erkrankungen nehmen zu – das darf nicht sein. Viele  
36 leiden unter dem Leistungsdruck. Die weiterführenden Schulen müssen zu echten  
37 Ganztagschulen ausgebaut werden. Im Ganztags muss neben der Möglichkeit, die  
38 Hausaufgaben zu machen, Zeit und Raum für nicht auf den Unterricht bezogene  
39 Aktivitäten, für Hobbys, Freunde und auch für nicht verplante Freizeit sein. Wir wollen  
40 individuelle, flexible Lernzeiten ermöglichen, aber die Schulzeit nicht zwangsweise  
41 verkürzen.

42 Der zwölfjährige Weg zum Abitur kann der Regelfall sein, die Schulen sollen aber in  
43 Abstimmung mit den Eltern und der Kommune entscheiden können, ob sie die  
44 Schülerinnen und Schüler nach dreizehn Jahren zum Abitur führen.

45 So, wie das Zentralabitur gestaltet ist, ist es zu einer Engführung der Lerninhalte  
46 gekommen. In den Schulen herrscht das "Lernen für den Test" vor. Um diesen negativen  
47 Trends entgegenzuwirken, wollen wir weniger zentrale Aufgaben in den Abiturprüfungen.  
48 Außerdem müssen die Fachlehrkräfte und die Schülerinnen und Schüler aus einem  
49 größeren Pool kompetenzorientierter, gleichwertiger Aufgaben auswählen können.

## 50 **Lernen braucht Bewegung**

51 Wir Grüne stehen für eine gute und gesunde Schule und wollen Sport und Bewegung im  
52 Schulalltag verankern. Dazu gehört, das erfolgreiche Modellprojekt "Tägliche  
53 Sportstunde" flächendeckend auf Grundschulen in Nordrhein-Westfalen auszuweiten und

1 ein neues Modellprojekt „Tägliche Sportstunde in der Sekundarstufe I“ einzurichten. Wir  
2 wollen dafür sorgen, dass der im Stundenplan vorgesehene Sportunterricht auch  
3 tatsächlich an allen Schulen und Stufen stattfindet. Sport soll flächendeckend als  
4 Abiturfach angeboten werden.

### 5 **Religiös-weltanschaulicher Pluralität Rechnung tragen**

6 Es wird in einer pluralistischen und multikulturellen Gesellschaft immer bedeutsamer,  
7 sich der eigenen Traditionen zu vergewissern und Kenntnis anderer zu erlangen. Daher  
8 wollen wir in allen Schulstufen ergänzende einen Unterricht anbieten, der Schülerinnen  
9 und Schülern Kenntnisse über Religionen, Weltanschauung und Ethik vermittelt. So  
10 bekommen sie Hilfen zu ihrer eigenen Lebensgestaltung und können eigene Maßstäbe  
11 entwickeln, um Religionen und Weltanschauungen zu beurteilen.

12 Das Recht von Schülerinnen und Schülern, nach Art. 7 Abs. 3 GG auf Erteilung von  
13 konfessionellem Religionsunterricht bleibt davon unberührt.

14 Wir wollen, dass islamischer Religionsunterricht mit Lehrkräften, die an deutschen  
15 Hochschulen ausgebildet worden sind, in deutscher Sprache und staatlich  
16 verantwortetem Curriculum in den Schulen angeboten wird. Darüber hinaus wollen wir  
17 einen breiten gesellschaftlichen Dialog über die Weiterentwicklung und Zukunft des  
18 Religionsunterrichts insgesamt mit den Kirchen und Religionsgemeinschaften in NRW  
19 initiieren.

20 Es muss mehr dafür getan werden, die Anerkennung einer Vertretung als  
21 Religionsgemeinschaft mit transparenter Mitgliedschaft zu erreichen, die dann im  
22 Rahmen unserer Verfassung mit anderen Religionsgemeinschaften gleichgestellt ist. Zu  
23 einer solchen Gleichstellung gehört auch, das Kopftuch tragende Lehrerinnen in der  
24 Schule nicht diskriminiert werden dürfen.

25 Bei der Aufnahme an den Grundschulen dürfen Kinder nicht aufgrund ihrer  
26 Religionszugehörigkeit diskriminiert werden.

### 27 **Gewalt an Schulen wirkungsvoll entgegentreten**

28 Gesellschaft und Politik dürfen Gewalt an Schulen weder bagatellisieren noch tabuisieren.  
29 Wir Grüne wollen von Gewalt betroffene Schulen besonders unterstützen. Sie brauchen  
30 umgehend zusätzliche Stellen für Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen sowie  
31 schulpsychologische Hilfe. Wir wollen auch dort eingreifen, wo das System Schule selbst  
32 potenziell Gewalt auslöst, wenn es Schülerinnen und Schüler beschämt und demotiviert.  
33 Deshalb müssen Klassenwiederholungen, Notendruck und Abschlungen ein Ende haben.  
34 Damit Streitschlichtungsprogramme wieder einen größeren Stellenwert erhalten können,  
35 muss das Land sie wieder fördern.

36 Neben Gewaltprävention sollen unsere Schulen auch zur Erziehung zum Frieden  
37 beitragen. Dazu muss eine ausgewogene Information und Diskussion über verschiedene  
38 Ansätze der Friedenssicherung und Konfliktbewältigung gewährleistet sein. Bundeswehr  
39 und Friedensorganisationen müssen gleichberechtigt ihre Konzepte und  
40 Handlungsmöglichkeiten vorstellen können.

### 41 **Schule und Kommune besser verzahnen**

42 Die Schulen der Zukunft sind Bestandteil des dörflichen und städtischen Lebens. Deshalb  
43 brauchen wir ein gutes Miteinander von Kommune und Schule und die Schule im Stadtteil  
44 braucht eine starke Nachbarschaft. Die Schule kann und soll Aufgaben für ihre Umgebung  
45 übernehmen, die Umgebung Verantwortung für die Schule und in der Schule. Regionale  
46 Bildungslandschaften nehmen Bildung als Ganzes in den Blick und vernetzen Kitas,  
47 verschiedene Schulformen, Schulträger und weitere Akteure. Gestärkt werden muss die  
48 Kooperation von Kindertagesstätte, Familienzentrum und Grundschule im Stadtteil. Das  
49 Zusammenführen von Schulentwicklungs-, Jugendhilfe- und Sozialplanung liefert die  
50 Grundlage für eine gezielte Präventionsarbeit und den Inklusionsprozess.

51 Schule und Kultur sind bereits vielfältig miteinander verbunden. Dennoch kann das Land  
52 die Verzahnung der beiden Bereiche stärker fördern. Musik und Theaterspiel sind

1 Bestandteile eines lebendigen Unterrichts. Theater-, Museums- und Konzertbesuche  
2 gehören wie Sportangebote zu einem umfassenden Bildungsangebot. Wir setzen uns  
3 dafür ein, dass Künstlerinnen und Künstler, die sich kreativ in Schulen einbringen, besser  
4 bezahlt werden. Diese Angebote können die kulturellen Schulfächer bereichern und  
5 ergänzen, aber nicht ersetzen. (Mehr dazu auf Seite 121).

## 6 **In die Zukunft investieren**

7 Bildungsinvestitionen sind Zukunftsinvestitionen. In den kommenden Jahren wollen wir  
8 Grüne alles versuchen, um die Ausgaben des Landes im Bildungsbereich auf ein  
9 international vergleichbares Niveau zu heben. Hierzu setzen wir u.a. darauf, den Soli Ost  
10 in einen Bildungssoli umzuwandeln (mehr dazu auf Seite 23). Kürzungen beim Personal  
11 sind für uns indiskutabel. Wir wollen früh investieren, statt später teuer zu reparieren.  
12 Die Ausgangslage für die pädagogische Arbeit ist bei den einzelnen Schulen sehr  
13 unterschiedlich. Deshalb wollen wir Ungleiches ungleich behandeln und die auf der  
14 Grundlage eines Sozialindex vergebenen Stellen vervierfachen. Schulen in sozialen  
15 Brennpunkten müssen massiv personell und finanziell unterstützt werden.

16 Um die Schullandschaft qualitativ zu entwickeln, wollen wir dringend Beratungs- und  
17 Unterstützungssysteme auf- und ausbauen. Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen  
18 sollen an allen Schulformen und Schulstufen zusätzlich zu den Lehrerstellen die Regel  
19 sein. Die Anzahl der Schulpsychologinnen und Schulpsychologen wollen wir in  
20 Zusammenarbeit mit den Kommunen in einem ersten Schritt verdoppeln. Alle Schulen  
21 sollen ein Budget zur eigenen Bewirtschaftung erhalten, mit dem sie Handwerkerinnen  
22 und Handwerker, Künstlerinnen und Künstler, Gesundheitsberaterinnen und  
23 Gesundheitsberater – je nach Bedürfnis der Schule vor Ort – beschäftigen können. Die  
24 Kommune soll die Kooperation insbesondere kleiner Schulen steuern und unterstützen.  
25 Kinder aus weniger privilegierten Familien kommen häufig ohne Bücher, Zirkel,  
26 Malkästen oder andere Materialien in die Schulen. Die Lernmittelfreiheit für Familien, die  
27 Arbeitslosengeld II oder Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz beziehen,  
28 muss gewährleistet sein. Das Land muss die hierfür notwendigen Mittel bereitstellen.

## 29 **Zeit für Beratung, Teamarbeit und Fortbildung**

30 Die Kollegien in den Schulen brauchen Zeit für gemeinsame Beratung. Wöchentliche  
31 Klassenteamtreffen mit Sozialpädagoginnen und -pädagogen und Schulpsychologinnen  
32 und -psychologen sollen integraler Bestandteil des schulischen Lebens werden. Wir  
33 wollen hierfür die Zeit zur Verfügung stellen. Die Aufgaben der Schulleitungen –  
34 insbesondere in den Grundschulen – sind stark angewachsen. Deshalb wollen wir die  
35 Leitungszeit ausweiten. Angesichts des Ganztagsausbaus und der vielfältigen  
36 Herausforderungen im schulischen Alltag wollen wir die Präsenzzeiten der Lehrkräfte in  
37 den Schulen verbindlich regeln und in ein neues Jahresarbeitszeitmodell einbetten. Die  
38 Arbeitszeit der Lehrkräfte darf sich nicht länger alleine auf den Pflichtstunden gründen,  
39 sondern muss andere an der Schule geleistete Arbeiten – wie Beratung,  
40 Schulentwicklung, Fortbildung, Teamzeiten und Korrekturzeiten – angemessen mit  
41 einbeziehen. Den Schulleitungen muss in allen Schulen Schulleitungszeit zur Verfügung  
42 gestellt werden. Zusätzliche Verwaltungskräfte sollen Schulleitungen und Lehrkräfte  
43 entlasten.

## 44 **Gerechtere Besoldung – Engagement und Leistung belohnen**

45 Der Beamtenstatus ist aus unserer Sicht nicht mehr zeitgemäß und soll abgestimmt mit  
46 den anderen Bundesländern abgeschafft werden. Es müssen Wege entwickelt werden,  
47 um die Benachteiligung angestellter Lehrkräfte abzubauen. Die derzeitige  
48 Besoldungsstruktur im Schulbereich schafft Lehrkräfte erster, zweiter und dritter Klasse  
49 und verdeutlicht zudem die unzeitgemäße Geringschätzung der Arbeit mit jüngeren  
50 Kindern. Nicht länger soll sich die Besoldung danach richten, an welcher Schulform oder  
51 in welcher Schulstufe eine Lehrkraft arbeitet, sondern am Engagement, das die Lehrkraft  
52 für die Schülerinnen und Schüler erbringt. Wir wollen deshalb eine attraktive

1 Besoldungsstruktur für alle Lehrerinnen und Lehrer entwickeln. Wer mehr Aufgaben  
2 übernimmt, soll entsprechende Zuschläge erhalten können.

3

4 **Wir wollen:**

5

6 • **längeres gemeinsames Lernen in der Schule der Zukunft mit den**  
7 **Kommunen auf den Weg bringen: vielfältig, leistungsstark, gerecht;**

8 • **den Ganzttag für alle Schulen und Schulformen qualitativ ausbauen;**

9 • **das Recht der Kinder und Jugendlichen auf ein inklusives Bildungssystem**  
10 **wie es UN-Konvention für die Rechte der Menschen mit Behinderungen**  
11 **beschreibt mit einem verbindlichen Inklusionsplan gerade im Schulbereich**  
12 **umsetzen;**

13 • **eine neue Schul- und Lernkultur in einer demokratischen Schule**  
14 **entwickeln.**

15

### 1 **3. Qualifizierte Ausbildung für Alle**

2 **Alle Jugendlichen brauchen eine Ausbildung. Wir wollen keine frustrierenden**  
3 **Warteschleifen. Deshalb fordern wir erstens eine Ausbildungsplatzabgabe und**  
4 **zweitens eine gleichwertige zweite Säule der Berufsausbildung, die vom Staat**  
5 **verantwortet wird.**

#### 6 **Recht auf Ausbildung**

7 Gerade in der Krise haben Schulabgängerinnen und -abgänger große Probleme, den  
8 Einstieg in Ausbildung und Berufstätigkeit zu finden. Wir sehen die Gesellschaft  
9 insgesamt, die privaten und die öffentlichen Unternehmen in der Pflicht, den jungen  
10 Menschen echte Perspektiven zu eröffnen. Auch aus Sicht der Unternehmen ist es  
11 kurzfristig, heute nicht in die Ausbildung der Fachkräfte der kommenden Jahre zu  
12 investieren.

13 Doch noch immer finden viel zu viele Jugendliche keinen Ausbildungsplatz. Landesweit  
14 kommen zwei Bewerberinnen oder Bewerber auf einen Platz. Das ist nicht hinnehmbar.  
15 Unser Ziel ist eindeutig: Wir wollen für alle eine anerkannte Berufsausbildung. Deshalb  
16 brauchen wir ein Recht auf Ausbildung.

17 Wer keine Ausbildung absolviert, hat ein vielfach höheres Risiko, arbeitslos zu werden  
18 und dies auch dauerhaft zu bleiben. Wir Grüne wollen die duale Ausbildung stärken und  
19 über eine Ausbildungsumlage für zusätzliche Ausbildungsplätze sorgen. Diese Umlage soll  
20 bei Betrieben erhoben werden, die mehr als 10 Mitarbeiterinnen oder Mitarbeiter  
21 beschäftigen. Somit werden kleine Betriebe und Dienstleister nicht über Ihre  
22 Möglichkeiten belastet und es wird dennoch sichergestellt, dass alle  
23 Ausbildungssuchenden einen Ausbildungsplatz erhalten, der ihren Neigungen und  
24 Fähigkeiten entspricht. Gleichzeitig wollen wir damit das Engagement der  
25 ausbildungsbereiten Unternehmen belohnen.

26 Um den Ausbildungsmarkt von der konjunkturellen Entwicklung zu entkoppeln, wollen wir  
27 verstärkt außerbetriebliche Ausbildungsstätten fördern. Hier können  
28 Ausbildungsbausteine absolviert werden, auf denen die spätere betriebliche Ausbildung  
29 aufbaut. Außerbetriebliche Ausbildungsstätten dürfen jedoch nicht zur Regel werden. Das  
30 Ziel der Integration in ein betriebliches Ausbildungsverhältnis muss immer im  
31 Vordergrund stehen.

32 Wir benötigen ein Gesamtkonzept von beruflicher Ausbildung, das die duale Ausbildung  
33 stärkt, ihre Defizite behebt und die Bildungswege untereinander durchlässig macht.  
34 Gerade für Altbewerberinnen und Altbewerber sind bessere Übergänge in die Ausbildung  
35 nötig. Sie brauchen gezielte Beratung, Angebote und Begleitung, damit sie ihre  
36 Potenziale entfalten, und nicht bei Misserfolgen resignieren.

37 Jugendliche, die größere Lernschwierigkeiten haben, sollen die Ausbildungszeit um bis zu  
38 zwei Jahren verlängern können. Dem ausbildenden Betrieb sollen die zusätzlich  
39 entstehenden Kosten ersetzt werden. Ausbildung begleitende Hilfen sollen dazu  
40 beitragen, dass der Berufsabschluss auch erreicht werden kann.

41 Wir werden uns auch um die Schwierigkeiten kümmern, die für den Ausbildungsmarkt  
42 aus dem doppelten Abiturjahrgang 2012/2013 entstehen. Hier müssen die Partner im  
43 Ausbildungskonsens verbindliche Absprachen treffen.

44 Auch der öffentliche Dienst und öffentliche Unternehmen tragen eine hohe  
45 Verantwortung für die Schaffung von Ausbildungsplätzen. Wir setzen uns deshalb dafür  
46 ein, dass in diesen Bereichen mehr und ggf. über Bedarf ausgebildet wird. Damit  
47 Jugendliche mit Zuwanderungsgeschichte bei der Vergabe von Ausbildungsplätzen  
48 bessere Chancen haben, fordern wir das Land, die Kommunen und öffentliche Betriebe  
49 auf, durch geeignete Maßnahmen, zum Beispiel neutralisierte Bewerbungsverfahren,  
50 Jugendliche mit Zuwanderungshintergrund besonders zu einer Bewerbung zu ermutigen.

## 1 **Zweite Säule der Berufsbildung**

2 Wir brauchen zudem weiterhin eine gleichermaßen anerkannte und hochwertige zweite  
3 Säule der Berufsbildung, die vom Staat verantwortet wird.

4 Mit berufsvorbereitenden Maßnahmen und Ausbildungen außerhalb des dualen Systems  
5 dürfen Schülerinnen und Schüler nicht in frustrierende Warteschleifen rutschen. Deshalb  
6 wollen wir

- 7 • die Möglichkeiten des novellierten Berufsbildungsgesetzes ausschöpfen, damit alle  
8 Jugendliche ihre vollzeitschulischen Ausbildungen mit einer Kammerprüfung  
9 abschließen können.
- 10 • Einzelleistungen in der dualen Ausbildung zertifizieren und in der Berufsausbildung  
11 anrechenbar machen, um größere Durchlässigkeit auch in der beruflichen Bildung  
12 zu ermöglichen.
- 13 • Betriebe ohne Ausbildungstradition und kleine Unternehmen durch  
14 Ausbildungsverbünde unterstützen und durch betriebliche Ausbildungsstätten  
15 ergänzen.

16

17 Berufliche Bildung und allgemeine Bildung sind für uns Grüne gleichwertig. An den  
18 Berufskollegs sollen daher auch alle schulischen Abschlüsse erworben werden können.

19 Angesichts der zunehmenden Aufgaben und Herausforderungen an den Berufskollegs ist  
20 der Einsatz von Sozialpädagoginnen und Sozialpädagogen an allen Schulen unabdingbar.  
21 Die zusätzlichen Stellen wollen wir nicht auf die Lehrerstellen anrechnen. Die  
22 Berufskollegs spielen als Schnittstelle zwischen Schule und Ausbildung im Rahmen der  
23 Entwicklung regionaler Bildungslandschaften eine besondere Rolle. Deshalb wollen wir die  
24 Berufskollegs nicht nur mit den Schulen der Sekundarstufe I und der Jugendhilfe  
25 vernetzen, sondern mit allen Akteuren im Bereich Ausbildung und Unternehmen.

## 26 **Gerechte Vergütung für Frauen und Männer**

27 Vorrangig von Frauen ausgewählte Ausbildungsberufe werden durchschnittlich um 22  
28 Prozent schlechter vergütet als männlich dominierte Berufe. Das ist ein Skandal, dem wir  
29 politisch entgegenwirken müssen. Wir wollen durch individuelle Berufsberatung  
30 geschlechtsspezifisches Berufswahlverhalten überwinden. Außerdem fordern wir eine  
31 einheitliche, branchenübergreifende Mindestvergütung, die das Auskommen sichert.  
32 Auszubildende leisten wertvolle Arbeit in ihren Betrieben, die entsprechend honoriert  
33 werden muss. Außerdem wird so verhindert, dass Auszubildende als billige Arbeitskräfte  
34 missbraucht werden.

35

36

### 37 **Wir wollen:**

38

39

40

41

42

43

44

- **ein Recht auf Ausbildung verankern;**
- **über eine Ausbildungsumlage für mehr Ausbildungsplätze sorgen;**
- **die vom Staat verantwortete zweite Säule der beruflichen Bildung stärken;**
- **geschlechterspezifisches Berufswahlverhalten überwinden;**
- **eine einheitliche, branchenübergreifende Mindestvergütung.**

## 1 **4. Lebensbegleitendes Lernen durch gute Weiterbildung**

2 **Damit die Fort- und Weiterbildung wieder den Stellenwert bekommt, den sie**  
3 **braucht, wollen wir die Kürzungen bei den kommunalen und freien**  
4 **Weiterbildungseinrichtungen zurücknehmen.**

5 Lebensbegleitendes Lernen wird immer wichtiger. Die Herausforderungen der  
6 Wissensgesellschaft und des Fachkräftemangels können wir nur meistern, wenn  
7 Menschen in allen Lebensphasen darin unterstützt werden, sich weiterzubilden. Vor allem  
8 unterrepräsentierte Gruppen wie ältere ArbeitnehmerInnen, Geringqualifizierte, Frauen  
9 nach der Familienphase und Menschen mit Migrationshintergrund brauchen  
10 Unterstützung, damit sie stärker als bisher an Weiterbildungsangeboten teilhaben  
11 können. Deshalb wollen wir Grüne die Weiterbildung wesentlich stärker fördern und ihren  
12 Stellenwert erhöhen. Für uns sind Weiterbildungseinrichtungen Lernorte und soziale  
13 Treffpunkte: Sie qualifizieren nicht nur für die vielfältigen Anforderungen im Berufsleben,  
14 in Erziehungsfragen, im Bereich der Integration, der Geschlechtergerechtigkeit, im  
15 Umgang mit neuen Medien, sondern fördern auch die Selbststeuerungs- und  
16 Problemlösungsfähigkeit, Kritik- und Selbstreflexionsfähigkeit, Verantwortlichkeit und  
17 Bereitschaft zur politischen Einmischung und Gestaltung. Ganz besonders müssen im  
18 Bereich der beruflichen Fortbildung Motivation und Zugangsmöglichkeiten bisher  
19 unterrepräsentierter Gruppen wie Ältere, Frauen und Menschen mit  
20 Migrationshintergrund deutlich verbessert werden.

21 Deshalb ist Weiterbildung unentbehrlich für Demokratie und Zivilgesellschaft. Sie ist eine  
22 öffentliche Aufgabe, deshalb muss das Land sie fördern. Das Weiterbildungsgesetz ist  
23 eine wesentliche Grundlage für unser flächendeckendes Netz an kommunalen und freien  
24 Weiterbildungseinrichtungen und muss erhalten bleiben. In den vergangenen Jahren  
25 haben die Einrichtungen trotz erheblicher Kürzungen vielfältige neue Aufgaben in Angriff  
26 genommen, etwa beim Übergang von Schule zu Beruf und in der Integrationsarbeit.

27 Wir wollen die Kürzungen bei den kommunalen und freien Weiterbildungseinrichtungen  
28 zurücknehmen, damit

- 29 • die Einrichtungen ihre alten wie neuen Aufgaben wahrnehmen können,
- 30 • die Trägerpluralität und Unabhängigkeit der Einrichtungen erhalten bleiben,
- 31 • die Teilnahmebeiträge in einem Umfang sozial gestaffelt bleiben, dass auch  
32 Menschen mit geringem Einkommen an Weiterbildungsangeboten teilnehmen  
33 können.

34 Wir wollen die politische Bildung absichern und zusätzliche Mittel für neue Aufgaben in  
35 der Entwicklung, Beratung, Organisationsentwicklung und Qualitätssicherung in der  
36 Weiterbildung bereitstellen. Die Freistellung für den Bildungsurlaub gehört auch zukünftig  
37 zu einer selbstverantworteten Weiterbildung dazu.

## 38 **Bildungsteilhabe aller Generationen**

39  
40 Unsere Gesellschaft wird auch in Zukunft nicht auf die Erfahrungen und das Wissen  
41 älterer Menschen verzichten können. Daher fordern wir die Unterstützung von Initiativen,  
42 die das gemeinsame Lernen von Jung und Alt unterstützen. Darüberhinaus treten wir für  
43 ein Lernen bis ins hohe Alter ein und fordern unter anderem die

- 44 • Stärkung der Alltagskompetenz, Eigenaktivität und selbstständigen  
45 Lebensführung durch geeignete Bildungsangebote für ältere und alte Menschen
- 46 • Förderung der Medienkompetenz insbesondere in der Nutzung der "neuen Medien"
- 47 • Untertützung des Studiums und außeruniversitärer Bildung im dritten  
48 Lebensalter"

49  
50

51 **Wir wollen:**

1  
2  
3  
4  
5  
6  
7  
8

- **Kürzungen bei den kommunalen und freien Weiterbildungseinrichtungen zurücknehmen;**
- **die Politische Bildung absichern und erweitern;**
- **Weiterbildung weiterhin vom Land aus fördern, weil sie eine öffentliche Aufgabe ist.**

## 1 **5. Demokratische Hochschulen: Keimzellen für ein innovatives** 2 **Land**

3 **In den letzten fünf Jahren hat die schwarz-gelbe Landesregierung die**  
4 **Hochschulen unter dem Deckmantel einer so genannten "Hochschulfreiheit" von**  
5 **ihren eigentlichen Aufgaben entfremdet. Wir wollen die Freiheit von Forschung**  
6 **und Lehre an unseren Hochschulen wieder herstellen und sie wieder zu Orten**  
7 **des Diskurses, zur Keimzelle für gesellschaftliche, soziale und technische**  
8 **Innovationen machen. Deshalb wollen wir die Studiengebühren abschaffen, den**  
9 **Bologna-Prozess korrigieren sowie Demokratie und Mitbestimmung an unseren**  
10 **Hochschulen herstellen. Darüber hinaus werden wir sicherstellen, dass an den**  
11 **Hochschulen in NRW genügend gut ausgestattete Studienplätze für alle**  
12 **studierwilligen jungen Menschen zur Verfügung stehen – auch für den**  
13 **doppelten Abiturjahrgang 2013.**

14 Studiengebühren, Entdemokratisierung und wachsende Orientierung an den Interessen  
15 und Anforderungen der Wirtschaft: Seit der Regierungsübernahme durch CDU und FDP  
16 steht die Hochschulpolitik in NRW unter dem Diktat einer auf bloßen Profit hin  
17 orientierten "Privat-vor-Staat"-Politik. Unter dem Deckmantel einer angeblichen  
18 "Hochschulfreiheit" hat sich das Land in den letzten fünf Jahren aus der inhaltlichen und  
19 finanziellen Verantwortung für die Hochschulen zurückgezogen.

20 Wir Grüne wollen diesen Trend umkehren und wieder Verantwortung übernehmen: für  
21 die bauliche, sachliche und personelle Ausstattung der Hochschulen, für zusätzliche  
22 Studienplätze und für die notwendige Kurskorrektur im Rahmen der Umstellung auf  
23 Bachelor und Master.

24 Wir Grüne wollen eine soziale Öffnung unserer Hochschulen und deutlich mehr jungen  
25 Menschen ein Studium ermöglichen. Der Zugang zur Hochschule ist eine zentrale  
26 Gerechtigkeitsfrage. Anstatt die Türen zu Universitäten und Fachhochschulen weit  
27 aufzumachen, bleiben sie vor allem für viele Nicht-Akademikerkinder verschlossen.  
28 Aufstieg durch Bildung darf nicht länger blockiert werden, sondern muss unabhängig von  
29 Herkunft und Geldbeutel der Eltern eröffnet werden. Dafür braucht es bessere  
30 Strukturen, höhere Qualität und mehr Geld an unseren Hochschulen.

### 31 **Für die Freiheit von Forschung und Lehre**

32 Die Landesregierung hat mit ihrem "Hochschulunfreiheitsgesetz" Demokratie und  
33 Mitbestimmung an den Hochschulen in NRW abgeschafft. Nicht mehr die Studierenden,  
34 Lehrenden und Beschäftigten bestimmen die Geschicke der Hochschulen, sondern ein  
35 extern dominierter Hochschulrat. Die Folge ist eine zunehmende Orientierung der  
36 Hochschulen an marktwirtschaftlichen Strukturen und einem ideologisch gefärbten  
37 Exzellenzbegriff sowie die Abschottung durch Zulassungsbeschränkungen.

38 Wir Grüne wollen diesen Paradigmenwechsel umkehren und an unseren Hochschulen  
39 demokratische Verhältnisse herstellen. Alle wesentlichen Entscheidungen soll ein Senat  
40 treffen, in dem alle Gruppen der Hochschule gleichberechtigt vertreten sind. Auch auf  
41 allen anderen Ebenen der universitären Selbstverwaltung sowie im Verhältnis der Ebenen  
42 untereinander müssen die Mitwirkungs- und Entscheidungsstrukturen neu geordnet  
43 werden, um ein Höchstmaß an Transparenz und Beteiligung aller Gruppen zu  
44 ermöglichen.. Die Hochschulräte wollen wir abschaffen. Außerdem werden wir

- 45 • die Rolle der Hochschulen als Träger öffentlicher Verantwortung und Orte des
- 46 gesellschaftlichen Diskurses und der Innovation neu definieren,
- 47 • die Mitbestimmungsrechte und -möglichkeiten von Personalräten und
- 48 Gleichstellungsbeauftragten stärken sowie
- 49 • sicherstellen, dass Landtag und Landesregierung ihren Teil der Verantwortung für
- 50 die Weiterentwicklung unserer Hochschulen wahrnehmen.

51 An den Hochschulen muss wieder die Freiheit der Wissenschaft Vorrang haben vor der so  
52 genannten "Freiheit" des Marktes, damit beispielsweise die Grundlagenforschung nicht

1 vernachlässigt wird und kleine Fächer ("Orchideenfächer") weiter Platz in der  
2 Hochschullandschaft haben.

### 3 **Weg mit den Studiengebühren!**

4 Bildung darf nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängen – deshalb sind wir für die  
5 Abschaffung aller Bildungsgebühren – von der Kita bis zur Hochschule. Es darf nicht sein,  
6 dass weiter jedes Jahr Tausende von jungen Menschen durch die Studiengebühren von  
7 der Aufnahme eines Studiums abgeschreckt werden – sowohl aus Gründen der  
8 individuellen Chancengerechtigkeit, als auch mit Blick auf den wachsenden  
9 Fachkräftemangel. Denn nur wenn es uns gelingt, so viele jungen Menschen wie möglich  
10 aus allen Schichten der Bevölkerung an unsere Hochschulen zu bekommen, ist unser  
11 Land, unsere Wirtschaft und unsere Gesellschaft fit für die Zukunft. Im Studium muss es  
12 Zeit und Raum für die kritische Auseinandersetzung mit der Rolle der Wissenschaft in  
13 der Gesellschaft, für den Blick über den Tellerrand des eigenen Faches und nicht zuletzt  
14 für politisches Engagement geben, Wir werden deshalb nicht nur Studiengebühren  
15 abschaffen, sondern gleichzeitig die Hochschulen besser ausstatten. Um mehr junge  
16 Menschen für ein Studium zu gewinnen, wollen wir die staatliche Studienfinanzierung  
17 (BAföG) durch das grüne Zwei-Säulen-Modell deutlich ausweiten. Daneben wollen wir  
18 mehr staatlich verantwortete Stipendien anbieten, um vor allem unterrepräsentierte  
19 Gruppen besser zu fördern. Das nationale Stipendienprogramm a la Pinkwart und  
20 Schavan lehnen wir dagegen ab. Dadurch wird die Doppelbelastung durch Studium und  
21 Erwerbstätigkeit reduziert, die bei vielen Studierenden zu Studienzeitverlängerung oder  
22 gar Studienabbruch führt.

### 23 **Mehr Studienplätze und besser ausgestattete Hochschulen**

24 Wir Grüne haben gemeinsam mit anderen frühzeitig auf die Herausforderungen  
25 hingewiesen, die mit dem doppelten Abiturjahrgang 2013 verbunden sind. Aber die  
26 Landesregierung hat auch hier versagt: Nach wie vor stehen in den nächsten Jahren  
27 nicht genügend Studien- und Ausbildungsplätze für die wachsende Zahl an  
28 Schulabgängerinnen und Schulabgängern zur Verfügung.

29 Wir brauchen daher dringend ein umfassendes Investitions- und Maßnahmenprogramm.  
30 Damit wollen wir erstens die sachlichen, baulichen und personellen Voraussetzungen für  
31 50.000 zusätzliche qualitativ hochwertige Studienplätze schaffen - sowohl für das  
32 Bachelor- als auch das Masterstudium. Alle, die die Zugangsvoraussetzungen für ein  
33 Studium haben, sollen auch studieren können - bis zum Masterabschluss. Damit machen  
34 wir den Numerus Clausus überflüssig. Zweitens wollen wir dringend notwendige  
35 organisatorische Verbesserungen vornehmen, beispielsweise durch ein transparentes  
36 bundeseinheitliches Zulassungsverfahren, das das herrschende Chaos bei der  
37 Hochschulzulassung beendet und Chancengerechtigkeit bei der Studienplatzvergabe  
38 herstellt. In diesem Zusammenhang wollen wir auch die Zugangsmöglichkeiten für  
39 qualifizierte Menschen ohne Abitur weiter öffnen.

### 40 **Familienfreundliche Hochschulen**

41 Die schwarz-gelbe Hochschulpolitik in NRW hat sich in den letzten Jahren viel zu sehr an  
42 dem Berufsbild des Typs „männlicher Wissenschaftler“ orientiert, der sich ausschließlich  
43 und „einzelkämpferisch“ auf seine Wissenschaft konzentriert. Ein solch veraltetes  
44 Berufsbild schreckt insbesondere Frauen – aber auch junge Männer – ab, die eine  
45 akademische Laufbahn anstreben. Wir setzen uns deshalb dafür ein, dass die  
46 Arbeitsbedingungen an den Hochschulen in NRW familienfreundlicher gestaltet werden:  
47 sowohl mit einem flächendeckenden Netz qualitativ hochwertiger  
48 Kinderbetreuungseinrichtungen an den Hochschulen in der Verantwortung des Landes,  
49 als auch durch eine entsprechende Organisation von Studium, Praktika, Prüfungen usw.  
50 sowie durch kostenlose Beratungs- und Unterstützungsangebote für Eltern.

## 1 **Wissenschaftlerinnen an die Spitze bringen**

2 Bis 2014 werden über ein Drittel der Professuren an Hochschulen in NRW neu besetzt.  
3 Das bietet in den kommenden Jahren die Chance, den Anteil von Frauen an  
4 Entscheidungs- und Führungspositionen deutlich zu erhöhen. Derzeit sind nur 14,7  
5 Prozent der Professoren weiblich, es gibt nur 6,7 Prozent Rektorinnen und 6,5 Prozent  
6 Dekaninnen. Zur gezielten Förderung von Frauen wollen wir deshalb die von der  
7 Landesregierung gestrichenen Förderprogramme wieder aufnehmen und  
8 weiterentwickeln. Wir werden ein umfangreiches Programm zur Förderung von  
9 Frauenkarrieren an Hochschulen, einschließlich einer gesetzlichen Quote für  
10 Stellenbesetzungen, auf den Weg bringen. Die finanzielle Förderung von Hochschulen  
11 muss stärker an das Ziel gebunden sein, den Frauenanteil in Führungspositionen deutlich  
12 zu erhöhen. Die Vorgabe des Landesgleichstellungsgesetzes, alle Gremien zur Hälfte mit  
13 Frauen zu besetzen, muss endlich konsequent umgesetzt werden. Wir Grüne werden die  
14 Rahmenbedingungen einer Berufstätigkeit in Wissenschaft und Forschung so gestalten,  
15 dass eine verlässliche Karriereplanung für Nachwuchswissenschaftlerinnen, aber auch  
16 Nachwuchswissenschaftler, möglich ist. Dazu gehört für uns auch eine gerechte  
17 Bezahlung von studentischen Hilfskräften. Deshalb fordern wir die Einführung eines  
18 Wissenschaftstarifvertrages vom Professor bis zur studentischen Hilfskraft.

## 19 **Bologna-Prozess korrigieren, Qualität der Lehre steigern**

20 Mit dem Bologna-Prozess wurde die tiefgreifendste Hochschulreform der vergangenen  
21 Jahrzehnte auf den Weg gebracht. Gerade NRW ist meilenweit davon entfernt, die Vision  
22 eines europäischen und grenzenlosen Hochschulraums zu verwirklichen. Wesentliche  
23 Ziele wie mehr Mobilität und Anerkennung, weniger Studienabbrecher und bessere  
24 Betreuung wurden bei der Umstellung auf Bachelor- und Masterstudiengänge bisher  
25 verfehlt.

26 Die vielerorts mangelhafte Umsetzung der Bologna-Reform ist auch Folge der  
27 verantwortungslosen Hochschulpolitik der Landesregierung. Die Hochschulen wurden  
28 strukturell und finanziell viel zu wenig unterstützt. Verdichtung und Überreglementierung  
29 sind die falschen Rezepte. Wir Grüne wollen ein selbstbestimmtes Studium, keine  
30 Verschulung der Hochschulen. Daher brauchen wir einen radikalen Kurswechsel und eine  
31 Reform der Reform, die die Studierenden endlich in den Mittelpunkt stellt.

32 Die Bologna-Korrektur muss die neuen Studiengänge entfrachten und tatsächlich  
33 studierbar machen. Dafür müssen die Stofffülle, die Zahl der Prüfungen und die  
34 Arbeitsbelastung (workload) spürbar reduziert werden. Durch neue Zeitfenster und mehr  
35 Flexibilität bei der Dauer von Bachelor-Studiengängen wollen wir Studierenden  
36 ermöglichen, Auslandssemester, Praktika und Engagement im Studium zu integrieren.  
37 Querdenken, Kreativität, Interdisziplinarität und Problemlösungskompetenzen wollen wir  
38 wieder mehr Platz im Studium geben.

39 Daneben sollen die Hochschulen die Möglichkeiten zum Teilzeitstudium spürbar  
40 ausbauen. Wir wollen, dass die soziale Dimension des Bologna-Prozesses endlich ernst  
41 genommen wird. Dafür braucht es u.a. eine starke soziale Infrastruktur (u.a. Mensen,  
42 Wohnheime, Beratungsangebote, Kinderbetreuung) auf dem Campus.

43 Wir wollen eine „Qualitätsoffensive für gute Lehre“. Innovative Lehr- und Lernformen an  
44 den Hochschulen müssen gestärkt und honoriert werden. Die Lehre muss auf die  
45 Studierenden zentriert sein. Wir wollen insbesondere die Position der Lehre und Didaktik  
46 im Vergleich zur Forschung stärken. Hochschuldidaktische Zentren und Netzwerke wollen  
47 wir ausbauen und die Einrichtung von Professuren für Hochschuldidaktik befördern.  
48 Außerdem werden wir Rahmenbedingungen schaffen, damit Qualifikationen in der Lehre  
49 stärker als bisher bei Berufungen und Personalentwicklung in den Hochschulen  
50 berücksichtigt werden. Alle, die an einer Hochschule lehren wollen, müssen auch  
51 entsprechende Qualifikationen erwerben und nachweisen!

## 1 **Für mehr Internationalität der Hochschulen**

2 Mit einer stärkeren Europäisierung und Internationalisierung von Forschung,  
3 Wissenschaft und Lehre wollen wir Studierenden, Wissenschaftlerinnen und  
4 Wissenschaftlern neue Chancen und Perspektiven eröffnen. Unser Ziel ist mehr Mobilität  
5 und Weltoffenheit, ein engerer interkultureller Austausch und mehr wissenschaftliche  
6 Kooperation in der europäischen und internationalen Hochschullandschaft.

7 Internationalisierung zeigt sich vor allem im ständigen Austausch mit ausländischen  
8 Hochschulen. Wir wollen mehr Studierende für einen Auslandsaufenthalt gewinnen und  
9 gleichzeitig dafür werben, dass mehr ausländische Studierende, Lehrende und  
10 Forschende nach Nordrhein-Westfalen kommen. Austauschprogramme und  
11 Partnerschaften zwischen Hochschulen sind hierbei von großer Bedeutung.

12 Bildung ist außerdem ein wichtiger Teil von guter Entwicklungszusammenarbeit. Ein Land  
13 wie Nordrhein-Westfalen hat die Verantwortung, Menschen aus ärmeren Regionen den  
14 Aufstieg durch Bildung zu ermöglichen. Dazu gehören Stipendien für ausländische  
15 Studierende aus Entwicklungsländern sowie die Möglichkeit und Finanzierung für  
16 Zugewanderte aus diesen Regionen, in Deutschland das Abitur nachzuholen.

## 17 **Für verantwortliche Forschung und zukunftsfähige Innovationen**

18 Nachhaltige Entwicklung braucht gute Forschung. Deswegen wollen wir die Forschung zu  
19 Energie- und Ressourceneffizienz, Kraft-Wärme-Kopplung, Biodiversität und Ökologie,  
20 sowie Klima – und Nachhaltigkeitsforschung aktiv unterstützen, zum Beispiel indem wir  
21 eine virtuelle Ressourcenuniversität aufbauen.

22 Wir Grüne stehen an der Schnittstelle von Wissenschaft und Wirtschaft im Sinne des  
23 "Green New Deal" für eine nachhaltige Forschung im Automobilbereich, etwa bei der  
24 Entwicklung neuer energiesparender Motoren sowie von Hybrid- und Elektroautos.

25 Gleichzeitig haben wir auch einen hohen Anspruch an die ethische Verantwortung von  
26 Forschung und setzen uns deshalb aktiv für Technikfolgenabschätzung ein. Wir lehnen  
27 die Forschung an embryonalen Stammzellen und das therapeutische Klonen ab und  
28 wollen stattdessen unbedenkliche Alternativen wie die Forschung im Bereich der adulten  
29 Stammzellen und der Reprogrammierung von Zellen fördern. Grausame Tierversuche  
30 sind auch unter dem Deckmantel der Wissenschaftsfreiheit nicht hinzunehmen. Die  
31 Wissenschaftsfreiheit endet dort, wo Rechte anderer verletzt werden: gleichgültig ob  
32 Mensch oder Tier.

33 Die Atomkraft ist keine Zukunftstechnologie. Entsprechend ist auch die Forschung an  
34 neuen Reaktoren weder nachhaltig noch innovativ und wird daher von uns abgelehnt.  
35 Auch Militär- und Rüstungsforschung lehnen wir ab. Entsprechende  
36 Forschungseinrichtungen werden wir nicht unterstützen. Stattdessen wollen wir die  
37 Friedens- und Konfliktforschung an den Universitäten in NRW stärken.

38 Nachhaltige Entwicklung ist ohne starke Geistes-, Sozial- und Kulturwissenschaften  
39 undenkbar. Für zentrale Herausforderungen wie gesellschaftliche Heterogenität,  
40 demographische Entwicklung, Klimawandel, Globalisierung und Konfliktprävention  
41 braucht es geisteswissenschaftliche Forschung und Lösungskompetenz. Hochschulen  
42 müssen wieder eine Schlüsselrolle im gesellschaftlichen Diskurs einnehmen und Orte  
43 kritischer Reflektion sein.

44

### **Wir wollen:**

- **die Ausstattung der Hochschulen verbessern und zusätzliche Studienplätze schaffen;**
- **Studiengebühren abschaffen;**
- **das "Hochschulfreiheitsgesetz" abschaffen**
- **eine Korrektur der Bologna-Reformen und den Master für Alle ermöglichen.**

52

53